

GKV-Reform: Stabile Beiträge, starke Versorgung, faire Lasten

Die gesetzliche Krankenversicherung steht finanziell zunehmend unter Druck: Eine alternde Gesellschaft, der medizinische Fortschritt und steigende Ausgaben für Versorgung und Pflege treffen auf eine begrenzte Einnahmehasis. Die Folge sind seit Jahren steigende Beitragssätze, die Versicherte, Arbeitnehmer und Betriebe gleichermaßen belasten und gerade im Industrie- und Mittelstandsland Baden-Württemberg die Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Ohne Gegensteuern droht sich diese Entwicklung weiter zu verschärfen.

Mit der geplanten Reform der gesetzlichen Krankenversicherung will der Bund dieser Dynamik begegnen. Eine zukunftssichere Antwort darauf wurde über Jahre hinweg immer wieder aufgeschoben. Daher unterstützt die CDU-Landtagsfraktion Bundesgesundheitsministerin Nina Warken ausdrücklich, dieses lange vernachlässigte Thema entschlossen anzugehen.

Das Ziel stabiler Gesundheitsbeiträge ist richtig. Immer höhere Sozialabgaben treffen Bürger, Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Betriebe. Gerade in Baden-Württemberg als Industrie- und Mittelstandsland gilt: Arbeit darf nicht immer teurer werden. Hohe Sozialabgaben wirken am Ende wie eine Strafsteuer auf Arbeit und Leistung.

Ebenso darf Beitragsstabilität nicht zur Kostenverschiebung führen. Wenn Krankenhäuser weiter unter Druck geraten, spüren das die Menschen vor Ort durch längere Wege, weniger Angebote und größere Sorgen um verlässliche Versorgung. Zugleich geraten Landkreise, Städte und Gemeinden als Träger unter Druck und würden sich bei zusätzlichen Defiziten am Ende an das Land wenden.

Trotz der Bandbreite der Maßnahmen weist der Gesetzentwurf Schwächen bei der Lastenverteilung auf. Während Leistungserbringer mit rund 75 Prozent der Finanzwirkung die Hauptlast tragen, bleibt der Bund mit nur einem Prozent deutlich hinter seiner Verantwortung zurück. Das ist besonders dort problematisch, wo gesamtgesellschaftliche Aufgaben weiterhin über Beiträge statt aus Steuermitteln finanziert werden.

Das Ziel der Reform ist richtig. Jetzt muss die Ausgestaltung so verbessert werden, dass sie in Baden-Württemberg funktioniert. Stabile Beiträge, verlässliche Versorgung und faire Verantwortungsteilung gehören zusammen. Das Land steht zu Krankenhausplanung und Investitionsförderung. Laufende Krankenhauskosten gehören aber ins GKV-System. Sie dürfen nicht durch die Hintertür zur Aufgabe von Kommunen und Land werden.

Deshalb müssen die baden-württembergischen Punkte jetzt in das parlamentarische Verfahren eingebracht werden:

- gesamtgesellschaftliche Aufgaben, insbesondere die Gesundheitskosten von Grundsicherungsempfängern, stärker aus Steuermitteln finanzieren
Die Grundsicherung darf nicht heimlich über Krankenkassenbeiträge finanziert werden.
- effiziente Krankenhausstrukturen fair berücksichtigen, damit Baden-Württemberg nicht für bereits geleisteten Strukturwandel bestraft wird
Wer seine Hausaufgaben gemacht hat, darf am Ende nicht der Dumme sein.
- Risikostrukturausgleich weiterentwickeln
Beiträge, die in Baden-Württemberg erwirtschaftet werden, müssen auch hier für die Versorgung eingesetzt werden.
- angekündigte Strukturreformen bei Krankenhausversorgung, Notfallversorgung, Primärversorgung, Pflege, Digitalisierung und Bürokratieabbau zügig nachlegen; dabei besonderes Augenmerk auf die Patientensteuerung legen
Kostenbegrenzung ersetzt keine Reform – sie kauft nur Zeit.

Unser Maßstab ist einfach: stabile Beiträge, verlässliche Versorgung und faire Verantwortungsteilung. Beitragsstabilität darf nicht heißen, dass Krankenhäuser, Landkreise, Städte, Gemeinden und am Ende das Land die Zeche zahlen.